

Russland: Die neue Architektur der Wehrpflicht

von [Daniil Gorodetsky](#), 13. Oktober 2025

Wie wird sich die Wehrpflicht im Herbst ab dem 1. Oktober ändern? Wie rekrutiert Russland Soldaten für seinen Krieg gegen die Ukraine? Wie funktioniert die neue Wehrpflichtüberwachung? Der Journalist Daniil Gorodetsky beantwortet diese Fragen

Am 22. Juli 2025 [legten](#) russische Gesetzgeber der russischen Staatsduma einen Gesetzentwurf vor, der das reguläre Verfahren für die Wehrpflicht erheblich ändern würde. Bisher fand die [Wehrpflicht](#) in zwei Zyklen statt, im Frühjahr und im Herbst. Künftig werden die Militärregistrierungs- und Einberufungsämter die Wehrpflichtigen ganzjährig, vom 1. Januar bis zum 31. Dezember, „in den Akten“ führen. Die Einberufung zum Militär ist zwar weiterhin für das Frühjahr und den Herbst vorgesehen, doch der gesamte Vorbereitungsprozess, einschließlich der medizinischen Untersuchungen, Kontrollen und der Ausstellung von Einberufungsbescheiden, wird nun kontinuierlich erfolgen.

Das Dokument wurde von [Andrei Kartapolov](#), dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses der russischen Staatsduma, und seinem ersten Stellvertreter, [Andrei Krasov](#), verfasst. Ihnen zufolge sind die Gründe für diese Initiative rein „technischer“ Natur: Sie sollen die Arbeitsbelastung der Wehrrersatzämter verringern, den üblichen Ansturm beseitigen und gründlichere militärmedizinische Untersuchungen gewährleisten.

Aus öffentlichen Äußerungen lassen sich jedoch auch andere Gründe ableiten. So erklärte der stellvertretende Ausschussvorsitzende [Aleksey Zhuravlyov](#) unverblümt: „Es wird keine Zeit zum Ausruhen geben.“ Mit anderen Worten: Die üblichen Zeitintervalle, in denen man sich etwas Zeit verschaffen konnte, verschwinden. Jetzt kann die Einberufung jederzeit kommen. Für diejenigen, die gehofft hatten, zwischen den Einberufungen abzuwarten, gibt es nun nur noch sehr wenig Spielraum.

Der Gesetzentwurf hat bereits am 24. September 2025 die erste Lesung in der Staatsduma passiert. Da die Abgeordneten keine ernsthaften Einwände erhoben

haben, wird erwartet, dass der [Gesetzentwurf](#) in den nächsten Wochen verabschiedet wird und am 1. Januar 2026 in Kraft tritt.

„Der Gesetzentwurf verkürzt zwar formal nicht die Liste der Gründe für eine Zurückstellung vom Wehrdienst, macht die Wehrpflicht jedoch zu einem ganzjährigen Prozess. Dadurch entfallen die üblichen „Fenster“ zwischen den Einberufungskampagnen, in denen man Zeit gewinnen oder Verfahrensschwierigkeiten ausnutzen konnte“, erklärte Valeria Vetoshkina, Rechtsanwältin bei der [Bewegung der Kriegsdienstverweigerer](#), in einem Gespräch mit Posle.Media. „Jetzt können Einberufungsbescheide jederzeit eintreffen, sodass kaum noch Spielraum bleibt. Darüber hinaus ist die Entscheidung der Wehrpflichtbehörde ab diesem Jahr 12 Monate lang im ganzen Land gültig, und es wird nicht mehr möglich sein, sie durch einen Umzug in eine andere Region oder eine Änderung der Meldeadresse „zurückzusetzen“.

Laut Anwälten ist es umso wahrscheinlicher, dass eine Person einen Einberufungs- oder Dienstvertrag erhält, bevor sie einer Militäreinheit zugewiesen wird, je länger sie „unter der Kontrolle“ der Wehrpflichtbehörde bleibt. Obwohl dies als freiwillig dargestellt wird, ist es in der Praxis oft schwierig, abzulehnen. Dies gilt insbesondere, da die letzten legalen Möglichkeiten zur Aufschiebung des Dienstes wegfallen. Das Verschwinden der typischen „Zeitfenster“ bedeutet, dass viele ihre letzten legalen Möglichkeiten verlieren, den Dienst zu verzögern oder einen legitimen Grund für eine Aufschiebung zu finden. Jetzt könnte man in jedem Monat beim Wehrrersatzamt landen, ohne die Möglichkeit, zwischen den Einberufungen „abzuwarten“.

All dies geschieht vor dem Hintergrund immer häufigerer Berichte über Druck, der auf Rekruten und Wehrpflichtige ausgeübt wird, um sie zur Verpflichtung zum Militärdienst zu bewegen. Für einige ist dies eine Gelegenheit, Geld zu verdienen. Für andere hingegen ist es eine Falle, aus der es schwer ist, zu entkommen, insbesondere wenn die Front näher rückt.

Der Fall des 18-jährigen Nikita Berketov, der im Juli eingezogen wurde, ist bezeichnend. Laut seiner Schwester wurde er zwei Monate lang in der Militäreinheit Nr. 16871 systematisch unter Druck gesetzt. Die Kommandanten versuchten, seine Kameraden gegen ihn aufzubringen, und verhängten Kollektivstrafen.

Am 1. September eskalierte die Situation, als Nikita gezwungen wurde, den Vertrag direkt in der Krankenstation zu unterschreiben. Der Soldat wurde in einen Wahnzustand getrieben; außerdem wurde ihm der Zugang zu seinem Telefon verweigert, sodass seine Familie nicht eingreifen konnte. Berketovs Angehörige reichten Beschwerden bei der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsausschuss ein und forderten, den Vertrag für ungültig zu erklären.

Gehen Russland die Vertragssoldaten aus?

Das russische Militär stützt sich weiterhin auf ein System der Vertragsrekrutierung, um Kampfhandlungen in der Ukraine durchzuführen. In den letzten Jahren ist jedoch ein stetiger Rückgang der Rekrutierungszahlen zu verzeichnen. [Laut](#) offiziellen Angaben belief sich die durchschnittliche tägliche Zahl der unterzeichneten Verträge im vierten Quartal 2024 auf etwa 1.700 – 30 % weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2023.

Trotz konstanter Erhöhungen der Geldzahlungen und erweiterter sozialer Garantien ist die Zahl der Bürger, die bereit sind, einen Wehrdienstvertrag zu unterzeichnen, stetig zurückgegangen. Dies ist auf eine Kombination verschiedener Faktoren zurückzuführen.

Erstens ist es dem Staat gelungen, die loyalsten und sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren, darunter Einwohner armer Regionen, Personen mit niedrigem Einkommen und Migranten mit russischer Staatsbürgerschaft. Dieser Pool potenzieller Rekruten erschöpft sich jedoch allmählich.

Zweitens werden sich potenzielle Rekruten zunehmend der mit dem Militärdienst verbundenen Risiken bewusst. Da die Kämpfe in der Ukraine andauern und Berichte über hohe Opferzahlen immer häufiger werden, zögern potenzielle Vertragssoldaten zunehmend, sich zu beteiligen und die damit verbundenen Risiken einzugehen.

Drittens verlieren finanzielle Anreize, die ursprünglich als wirksam angesehen wurden, vor dem Hintergrund von Inflation, steigenden Preisen und sinkender Kaufkraft allmählich an Attraktivität. Darüber hinaus beginnen soziale Risiken wie Gesundheitsprobleme und die Gefahr des Todes die wirtschaftlichen Vorteile zu überwiegen.

Da die Menschen immer weniger Geduld mit dem andauernden Krieg haben und ihre Enttäuschung wächst, wird die Rekrutierung zunehmend zu einer Herausforderung.

So zieht zwar eine erhöhte Vertragsvergütung immer noch einige an, löst aber nicht die zugrunde liegenden Rekrutierungsprobleme. Der Rückgang der Zahl der Menschen, die bereit sind, einen Vertrag zu unterschreiben, ist ein klarer Beweis dafür, dass die Mobilisierungsressourcen Russlands im Kontext eines langwierigen militärischen Konflikts an ihre Grenzen stoßen.

Da herkömmliche Rekrutierungsmethoden immer weniger wirksam sind, ist der Staat gezwungen, sein Spektrum an administrativen und organisatorischen Instrumenten zu erweitern, um neue Vertragssoldaten zu rekrutieren und Wehrpflichtige unter militärischer Kontrolle zu halten. Großzügige Zuwendungen und Sozialleistungen reichen nicht mehr aus, was den Staat dazu zwingt, die Einberufungskontrollen zu verschärfen. In diesem Zusammenhang sollte der Gesetzentwurf zur ganzjährigen Wehrpflicht als ein Mittel zur Verschärfung der Kontrolle über die wehrpflichtige Bevölkerung betrachtet werden. Die kontinuierliche Wehrpflicht minimiert die Möglichkeiten potenzieller Rekruten, sich dem Militärdienst zu entziehen oder ihn aufzuschieben. Sie schafft auch die Voraussetzungen für einen ständigen administrativen Druck auf Wehrpflichtige und verlängert den Zeitraum, in dem sie sowohl in den Wehrdienst als auch in Vertragsrekrutierungsprozesse einbezogen werden können.

Somit sind die durchgehende Wehrpflicht und die aktualisierte Online-Datenbank zur Wehrpflicht mehr als nur technische Verbesserungen der Wehrpflichtverfahren. Der neue Gesetzentwurf zielt darauf ab, angesichts der sinkenden Zahl von Vertragssoldaten und der knapper werdenden Mittel eine vollständige Kontrolle über potenzielle Rekruten zu erlangen. Diese Maßnahmen spiegeln einen Wandel von überwiegend anreizbasierten Rekrutierungsmethoden hin zu Strategien wider, die Alternativen einschränken und den Zwang verstärken.

Die Erfahrungen von 2022: Der Preis ist zu hoch

Eine Analyse der aktuellen Politik zur Personalausstattung der Streitkräfte zeigt, dass die russischen Behörden die Strategie einer schrittweisen Verschärfung der Wehrpflichtpraktiken und einer Ausweitung des Vertragssystems einer

Wiederholung der [groß angelegten Mobilisierung von 2022](#) vorziehen. Dies ist auf die hohen politischen und sozioökonomischen Kosten zurückzuführen, die dem Regime durch die Umsetzung eines solchen Szenarios entstehen würden.

Die Mobilisierung im Herbst 2022, bei der rund 300.000 Militärangehörige einberufen wurden, hatte erhebliche Nebenwirkungen. Verschiedenen Schätzungen zufolge flohen bis zu einer Million wehrfähige Bürger aus Russland, was den Arbeitskräftemangel im Land verschärfte und wichtige Wirtschaftssektoren unter Druck setzte. Die Mobilisierung führte auch zu einer Zunahme der sozialen Spannungen, was sich in Protesten sowie einer erhöhten Angst und einem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen äußerte.

Zusammengenommen haben diese Faktoren dazu geführt, dass eine vollständige Mobilisierung als ein Instrument wahrgenommen wird, das erhebliche politische Risiken mit sich bringt und die wirtschaftliche Stabilität gefährdet. Infolgedessen ist es das vorrangige Ziel der Führung, „hybride“ Formen der Mobilisierung zu finden, die von der Förderung des Vertragsdienstes bis zur Verschärfung der gesetzlichen Kontrolle über Wehrpflichtige reichen. Wie die Ereignisse von 2022 gezeigt haben, wird die Massenmobilisierung als letztes Mittel angesehen, das die Behörden nur dann in Betracht ziehen, wenn eine militärische Niederlage unmittelbar bevorsteht.

Neues Kontrollmodell

Der Übergang zur ganzjährigen Wehrpflicht sollte daher nicht als isolierte Neuerung, sondern als Teil einer umfassenderen institutionellen Umgestaltung des Wehrpflichtsystems betrachtet werden. Er wird zusammen mit dem sogenannten „elektronischen“ [Register](#) der wehrpflichtigen Personen eingeführt. Zusammen stärken diese Änderungen die Kontrolle des Staates über die Mobilisierungsressourcen erheblich.

Das elektronische Register ist bereits in Betrieb. Seit 2023 werden Einberufungsbescheide in den persönlichen Konten der Nutzer auf der Website Gosuslugi veröffentlicht. Diese Bescheide gelten als zugestellt, auch wenn der Bürger sie nicht geöffnet hat. Das System umfasst auch restriktive Maßnahmen für Wehrdienstverweigerer, wie z. B. Ausreiseverbote und Beschränkungen bei der Registrierung von Immobilien, der Ausstellung von Führerscheinen und der Kreditwürdigkeit. Nachdem dieser Mechanismus in mehreren Regionen [getestet](#)

[worden](#) war, wurde er 2024 schrittweise im ganzen Land eingeführt und wurde zu einem Standardinstrument für Militärregistrierungs- und Einberufungsämter. Somit beseitigt die Digitalisierung den Hauptmangel von Einberufungsbescheiden in Papierform – früher konnte ein potenzieller Wehrpflichtiger die Zustellung bestreiten oder sich der Entgegennahme eines Einberufungsbescheids entziehen.

Der ganzjährige Wehrpflichtprozess schließt die Möglichkeit von Aufschüben aus, und die Digitalisierung der Einberufungsbescheide verringert die Chancen für Einzelpersonen, sich verfahrenstechnisch gegen administrative Praktiken zu wehren. Der russische Staat hat ein neues Modell zur Kontrolle seiner Bürger entwickelt. In diesem Modell wird die Wehrpflicht dauerhaft und Versuche, sich ihr zu entziehen, erscheinen zunehmend aussichtslos.

Aus politischer und rechtlicher Sicht deutet dies auf eine Verlagerung von überwiegend anreizbasierten und befristeten Formen der Rekrutierung hin zu einem systematischeren Ansatz, bei dem Technologien zur Kontrolle von Wehrpflichtigen und potenziellen Vertragssoldaten eingesetzt werden. Diese Maßnahmen zeigen den Wunsch der Behörden, Mobilisierungsressourcen zu institutionalisieren und gleichzeitig eine weitere groß angelegte, politisch kostspielige Mobilisierungskampagne zu vermeiden.

1. Oktober 2025

Der Beitrag erschien in [International Viewpoint](#) in Englischer Sprache. Wir haben ihn maschinell übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.